

Arbeitgeber-Präsident Dr. Dieter Hundt Gast der Erich-Gutenberg-Gesellschaft

Deutschland steckt in der Regulierungsfalle

Von Rainer Grotjohann (Text) und Kristina Pfeil (Foto)

Kreis Herford (HK). Als Gastredner der Erich-Gutenberg-Gesellschaft flucht Dr. Dieter Hundt zunächst den »westfälischen Eichen, die bei aller Standfestigkeit vor allem flexibel sind« ein Kränzchen. Und mit dem Stichwort »flexibel« war der Mann aus Schwaben, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), schon bei »seinem« Thema, das er auch gestern in Herford von allen arbeits-

markt-, sozial- und wirtschafts- und bildungspolitischen Seiten her beleuchtete: der ständige Konflikt zwischen Freiheit und Flexibilität auf der einen, Sicherheit und Regulierung auf der anderen Seite. Der kunstvolle Ausgleich zwischen diesen Kräften, so Hundt, ist in Deutschland nicht gelungen. Das Land stecke in der Regulierungsfalle. Diese hemme und bremsen Wachstum und Beschäftigung.

Vor allem der Mittelstand, das Rückgrat der bundesdeutschen Wirtschaft, werde von immer neuen Regulierungswellen überflutet. Diese Erkenntnis werde auch von »unverdächtige Dritten serviert«, sagte Hundt. So habe vor kurzem die, mehrheitlich aus Sozialdemokraten bestehende EU-Kommission erklärt, Grund für die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland sei die mangelnde Flexibilität der Arbeitsmärkte.

Die seien »ohne Saft und Kraft«, klagte der Arbeitgeber-Präsident. Dem hohe Sockel an Dauerarbeitslosen stehe ein Rekordhoch von 1,5 Millionen unbesetzten Stellen gegenüber. Jeder fünfte Arbeitsplatz könne nicht qualifiziert besetzt werden »Chance auf Chance« sei vergeben worden, an der strukturelle Arbeitslosigkeit wirklich etwas zu ändern.

Ein Beispiel sei der von der Bundesregierung zu Jahresbeginn nahezu unbeschränkte Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit.

Wenig Chancen für »Teilzeitgeneigte«

Der stelle die Betriebe vor »geradezu unlösbare organisatorische und arbeitsrechtliche Probleme«. »Teilzeitgeneigte« stelle niemand gerne ein, so werde Beschäftigung verhindert statt sie zu fördern. Auch die Neuregelung der befristete Arbeitsverhältnisse verenge »die schmale Rollbahn des Arbeitsmarktes«. Das Bundesarbeitsministerium lasse »jegliches Verständnis für arbeitsmarktliche Notwendigkeiten vermissen«.

Darin habe sich die »Regulierungswut« der Regierungskoali-

tion aber noch nicht erschöpft. Jetzt stehe die »sinnlose und teure Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes« vor der Tür.

Die Freistellung eines Betriebsrates ab einer Größe von 200 Mitarbeitern, rechnete der BDA-Präsident vor, erhöhe die Personalkosten für den einzelnen Betrieb um ein halbes Prozent und stelle für Mittelständler eine »immense Kostenbelastung« dar. Eine wirkliche Modernisierung der Mitbestimmung sei aus BDA-Sicht die »betriebsorientierte« Lösung. Arbeitgeber und Betriebsrat müssten die für ihren Betrieb optimalen Betriebsratsstrukturen selbst festlegen dürfen: »Dies darf nicht den Tarifparteien vorbehalten sein«.

Betriebsorientierte Mitbestimmung

Als »Unsinn« betrachte der BDA auch, dass Firmenchefs gegen geltendes Recht verstoßen, wenn sie in Krisensituationen mit den Arbeitnehmern und mit Zustimmung des Betriebsrates Abweichungen vom Tarifvertrag zugunsten der Arbeitsplatzsicherung vereinbarten.

Umfassende Neustrukturierung seien auch in der Arbeitsförderung dringend geboten, trage doch die jetzige Arbeitsmarktpolitik »einen Großteil Schuld an der fehlenden Bereitschaft und Möglichkeit vieler Menschen, reguläre Arbeit aufzunehmen«. Konsequenz müsse das Prinzip »Aktivierung statt Versorgung« verfolgt werden. Das Verhältnis von Rechten und Pflichten beim Bezug von Sozialleistungen müsse »neu justiert



Ein Schwabe in Ostwestfalen: Arbeitgeber-Präsident Dr. Dieter Hundt war einer Einladung der Erich-Gutenberg-Gesellschaft gefolgt und sprach am gestrigen Abend in

der Sparkassen-Zentrale in Herford zum Thema »Die Überregulierung in Deutschland als Beschäftigungs- und Wachstumsbremse«.

werden«. Hundt: »Die von Versorgungsdenken geprägte lange Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere muss von 32 auf zwölf Monate reduziert werden.«

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe müsse voran getrieben werden. Dieser »überfällige Schritt« könne nicht, wie von Arbeitsminister

Riester in Aussicht gestellt, erst 2006 getan werden. Und auch bei der Steuergesetzgebung sei es höchste Zeit, von der Bremse zu steigen.